

Beschluss:

Ratsfrau Schwede-Oldehus fragt nach, inwieweit eine Aufstockung bereits existierender Einheiten, z. B. des Ermittlungsdienstes oder der Verkehrsüberwachung, geboten sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras erläutert, dass eine Anbindung an die Abteilung Straßenverkehrsangelegenheiten geplant ist. Zum Ermittlungsdienst gebe es indes kaum Berührungspunkte.

Die Frage nach der Finanzierung wird kontrovers diskutiert. Die Intention des Antrags sei nicht gewesen, über verstärkte Verkehrskontrollen Einnahmen zu erzielen. Beabsichtigt war, den Bürgerinnen und Bürgern über mehr Präsenz städtischer Ordnungskräfte das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, und mit zusätzlichen Kapazitäten Missständen zu begegnen. Die diesbezüglich in der Vorlage korrekt beschriebenen Aufgaben würden indes kaum zu Erträgen zur Finanzierung des zusätzlichen Personals führen.

Die Planung, mit Einnahmen aus einer Verkehrsüberwachung, die an neuralgischen Punkten zu mehr Sicherheit führen soll, Kostenneutralität zu gewährleisten, wurde in Frage gestellt.

Herr 1. Stadtrat Humpe-Waßmuth erinnert an den Auftrag der Ratsversammlung, ein Konzept vorzulegen. Dem sei die Verwaltung gefolgt. Es wird bewusst eine Befristung auf 3 Jahre vorgeschlagen, um in diesem Zeitraum prüfen zu können, wie es einerseits um die Wirkung der Maßnahme bestellt ist, und wie sich andererseits die Finanzierung gestaltet.

Im Hinblick auf die Vorberatung im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss erfolgt Kenntnisnahme.